

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Insertats müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 36

Sonntag, den 7. September

1919

Nahrungsmittelnot.

Im Kriege waren die damals für die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands maßgebenden Personen hauptsächlich darum besorgt, daß die Landwirtschaft und vor allem der Großgrundbesitz in keiner Weise geschädigt würden — handelte es sich dabei doch um die stärksten Stützen des Obrigkeitsstaates. So wurde eine beträchtliche Einschränkung der gewinnbringenden Schweinezucht verhindert und bei der Kartoffelverteilung wurden die Schweine zuerst berücksichtigt, die städtischen Menschen zuletzt. Wir haben in den Städten, trotz der starken Viehhaltung der Landwirtschaft, auch kein Fleisch zu essen. Denn praktisch trägt es doch gar nichts aus, wenn z. B. eine Familie von vier Personen wöchentlich insgesamt 450 g Fleisch und Knochen bekommt — zwei „volle“ und zwei Rinderportionen! Nur wer es sich leisten kann, im Schleichhandel zu kaufen, der kann sich jetzt noch satt essen.

Auf dem Lande ist man nicht so enthaltsam, wie man es in der Stadt sein muß. So hat laut amtlicher Mitteilung der Kommunalverband Mollersdorf in Niederbayern in der letzten Woche das eigene Schlachtkontingent um das Dreieinhalbfache überschritten, im Kommunalverband Keilheim betrug die Ueberschreitung mehr als das Vierfache, in den Kommunalverbänden Mainburg und Wegscheid betrug sie das anderthalbfache usw. Dabei sind aber bloß die amtlichen Meldeteuschlachtungen berücksichtigt, nicht aber die viel ausgiebigeren Geheimenschlachtungen — aus denen eigentlich niemand mehr ein Geheimnis macht.

Unsere Kinder in den Städten bekommen täglich ¼ Liter Milch (es gab auch bloß mehr ¼ Liter), weil auf dem Lande die Küher und Schweine zu viel Milch saufen. Diese Fürsorge für die Haustiere hat den sehr materiellen Grund, daß das Schweinefleisch im Schleichhandel mit 15, 16 und mehr Mark für das Pfund bezahlt wird; nicht etwa in Ausnahmefällen, sondern gewöhnlich. Also kann sich der Bauer das Wohlergehen seiner Schweine schon anlegen lassen. Das Gleiche gilt für die Butter. Niederbayerische Bauern verlangen ohne Scham 20 bis 25 Mark für das Pfund, obwohl ihre Gesehungskosten sehr mäßig sind und sie selbst ihren Kindern die Butter daumendick auf das schöne Weißbrot streichen. Auch sonst staunt der Städter über den Fettverbrauch auf dem Lande. Freilich, die Bauern können es sich leisten, sie sind schuldenfrei und die Schleichhändler versorgen sie reichlich nicht bloß mit Geld, sondern auch mit allen erdenklichen Waren.

In einer kürzlich abgehaltenen Sitzung des Ausschusses des bayerischen Vereins für Volksernährung wurde gesagt, daß die Zahl der Milchkuhe noch zwischen neun und zehn Millionen betrage. Die Sachverständigen meinen, daß diese Kühe bei der jetzigen Fütterung täglich ungefähr 45 Millionen Liter Milch geben. Früher wurde etwa die Hälfte der Milch für Verfütterung und Butterbereitung verwendet. Wäre das Verhältnis jetzt noch das gleiche, so blieben 22 Millionen Liter Milch für die Menschen, oder etwa täglich ½ Liter auf den Kopf. Doch fällt es auf dem Lande nie man den ein, sich mit solch einer Ration zu begnügen; folglich trifft in den Städten auf die Person viel weniger als ein Drittel Liter.

Ebenso wenig fällt es den Bauern ein, die Verfütterung des Getreides einzustellen. Groß wie Kleinvieh bekommt reichlich Getreide. Für die Städte aber gibt es nichts als hochprozentige Ausmahlung des für sie gnädigst gelieferten Getreides. Je größer aber der Meizenfuß im Brot ist, um so schlechter ist die Auffangung sämtlicher Nahrungstoffe im Verdauungskanal. Nicht nur das Brot wird nur gegessen, um den Magen zu füllen, auch der Nährwert aller anderen Kost wird durch dieses Brot illusorisch gemacht. Das ist den Behörden seitens der Ärzte schon tausendmal gesagt worden, aber sie kümmern sich darum nicht. Soll das Hungerleiden der arbeitenden Bevölkerung in den Städten ein Ende nehmen, so müssen Mittel gefunden werden, um dem Ueberschuss von Nahrungsmitteln auf dem Lande (besonders bei den Bauern) und seitens der durch den Schleichhandel verlorbenen städtischen Kriegskriegswinnler zu steuern. Denn wir werden noch auf lange Zeit hinins so gut wie ausschließlich auf die einheimische Nahrungsproduktion angewiesen sein. Was von außen kommt, wird durch die Transportkosten, den geringen Wert unseres Geldes und die antimikrobielle Behandlung teurer verteuert; überdies lassen die Waren, die für die Ansätze verflüchtbar werden, vornehmlich zur Bezahlung gewerblicher Rohstoffe verwendet werden.

Um die Bauern zu veranlassen, mehr Nahrungsmittel in die Städte zu liefern, wird vielfach vorgeschlagen, ihnen bedeutend höhere Preise als bisher zu bewilligen, denn es sei doch vorteilhafter, z. B. für ein Pfund deutsches Weizenmehl 1 Mark zu bezahlen, statt für ebensoviel amerikanisches 2 bis 2,50 Mark. Doch ist es noch fraglich, ob die Bauern Weizenmehl zu einem Bezugs abgeben, der in der Stadt

einen Kleinverkaufspreis von 1 Mark ermöglicht, denn was sie übrig haben, bringen sie doch im Schleichhandel zu noch weit höheren Preisen los. Zudem wird jetzt der größte Teil des angebauten Weizens von der bäuerlichen Bevölkerung selbst verbraucht. Wirksam sein würde vielleicht eine Preiserhöhung für Kartoffeln, denn nach ihnen fragt der Schleichhandel nicht viel; ihr Nährwert ist jedoch gering, sie sind wie das Kleibrot nur Dinge zum Magenfüllen.

Viel beitragen, um Angebot und Nachfrage auf dem Nahrungsmittelmarkt wieder etwas gleichmäßiger zu gestalten, könnte die rasche und energische Durchführung des von der Regierung geplanten ländlichen Siedlungswerkes, weil bei seiner Verwirklichung die Zahl der Selbstversorger erheblich erhöht und die Zahl der städtischen Konsumenten entsprechend verringert würde. Auch die Auswanderung der nun einmal infolge der Vernichtung unserer Industrie und unfres Außenhandels überzählig gewordenen gewerblichen Bevölkerung wird in der gleichen Richtung wirken, die Nachfrage nach Nahrungsmitteln vermindern und damit die Preise herabdrücken. Hoffentlich stehen nicht „steuerliche Bedenken“ der Gewährung der Auswanderungsfreiheit entgegen. Im Gegenteil, es ist Aufgabe der Regierung, sie möglichst zu fördern und so zu lenken, wie es dem Interesse der Auswanderer selbst und dem Deutschlands am besten entspricht.

Zur Wiedereinstellung von Tabakarbeitern.

Da mit der Einfuhr ausländischen Tabaks begonnen, auch die deutsche Ernte von 1918 allmählich verarbeitungsreif geworden ist, können die beiden Detags wieder mit der Verteilung an die Verarbeiter beginnen. Scharfsichtig wartet das ganze Gewerbe auf den Augenblick des Ausbruchs. Furchtbar hart hat der Krieg besonders die Tabakarbeiter mitgenommen. Kein Wunder, wenn gerade sie danach verlangen, sich schaffend in den Dienst unseres Wirtschaftslebens stellen zu können. Ein eigenartiges Gefühl dürfte unsern Tabakarbeitern überkommen sein, wenn sie immer und überall hörten, daß unser Deutschland zugrunde gehe, wenn nicht fleißig gearbeitet werden würde; sie wollten doch arbeiten, gern arbeiten, denn sie sind im allgemeinen ein fleißiges Völkchen, aber es war für sie nichts da. Nachfrage nach Fabrikaten zwar genug, aber kein Rohmaterial. Nun endlich soll es wieder vorwärts gehen. Die Tabakarbeiter schreien nach Arbeit. Wäge kein Rückschlag in der Zufuhr von Rohmaterial sie enttäuschen!

Es ist wohl nötig, bei der Wiederaufnahme der Fabrikation sich klar darüber zu werden, wie die Wiedereinstellung der Arbeiter zu geschehen hat. Der wohllose Einstellung stehen rechtsgültige Bestimmungen entgegen, soweit die Zigarettenherstellung in Frage kommt. Der Fabrikant kann nicht nehmen, wen er will. Maßgebend für die Reihenfolge der Wiedereinstellung ist die noch gültige Bekanntmachung der Münchener Zentrale (jetzt Hannover) vom 7. Dezember 1918 (siehe: Tabak-Arbeiter Nr. 50 vom 15. Dezember 1918). Dort heißt es unter Nr. 6:

Die Arbeitnehmer der Zigarettenherstellung, die bisher im Heeresdienst oder im Hilfsdienst gestanden haben, sollen in erster Linie wieder eingestellt werden, sodann diejenigen, die während des Krieges infolge von Kriegsmassnahmen aus der Zigarettenherstellung ausgeschlossen und in kriegswichtige Betriebe eingetretten sind. Zur Erleichterung dieser Maßnahme sind weibliche Arbeitnehmer, die auf Erwerbsverdienst nicht unbedingt angewiesen sind, zu entlassen.

Auch Ziffer 8 der bezeichneten Bekanntmachung bezieht sich auf die Wiedereinstellung und lautet folgendermaßen:

Zwecks möglichst vollständiger Ersatzung der auf dem Heeres- und Hilfsdienste und den kriegswichtigen Betrieben zurückbleibenden Arbeiter ist ein Ausgleich unter den einzelnen Betrieben anzustreben. Ortswechsel soll dabei nur durchgeführt werden, soweit dies ohne besondere Härten möglich ist. In erster Linie soll dieser Ausgleich im Wege freiwilliger Verständigung geschehen. Im übrigen durch die Organe des zuständigen Vertriebsmehrmachungsausschusses, denen, soweit möglich, die paritätisch zusammengesetzten Bezirksausschüsse der deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten, Sitz Minden (Westf.), zur Seite zu stehen haben.

Eine Bekanntmachung der Zentrale vom 29. Juli 1918 (siehe Tabak-Arbeiter Nr. 31, vom 4. August 1918) befaßt sich mit dem Wiederaufbau des Tabakgewerbes. Sie trifft unter Ziffer 8 und 9 Anordnungen betr. die Wiedereinstellung von Tabakarbeitern bei der Zigarettenherzeugung in derselben Weise, wie es in der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1918 in den oben wiedergegebenen Sätzen geschieht, jedoch mit der besonderen Vorkehrung, daß Arbeiter, welche Annahme anderer Arbeit trotz ihrer Verwundungsfähigkeit hierfür verweigert haben, erst in letzter Li-

nie zu berücksichtigen sind. Ferner heißt es unter Ziffer 7 der Bekanntmachung vom 29. Juli 1918: „Neueinstellung und Wiedereinstellung von Arbeitern dürfen nur mit Einwilligung der Zentrale erfolgen. Hierbei sind arbeitslose, berufsständige, in anderen Erwerbszweigen nicht verwendbare Arbeiter zunächst zu berücksichtigen, vornehmlich kriegsbeschädigte Tabakarbeiter.“

Es ist aber darauf aufmerksam zu machen, daß die Bekanntmachung vom 29. Juli 1918 durch die Bekanntmachung vom 7. Dezember 1918 ausdrücklich aufgehoben worden ist, so daß auch die Anordnungen betr. Wiedereinstellung von Arbeitern, soweit sie über den Rahmen der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1918 hinausgehen, nicht mehr rechtswirksam sind.

Nach den oben wiedergegebenen Anordnungen der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1918 sind nun gewisse Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Wiedereinstellung mit einem Vorzugsrecht ausgestattet. Dieses Vorzugsrecht genießen in erster Linie Tabakarbeiter, die im Heeresdienst oder im Hilfsdienst standen. Wer hier den Vorrang haben soll, falls es zur Entscheidung über einen Heerespflichtigen oder Hilfsdienstpflichtigen kommt, geht aus dem Wortlaut nicht hervor, doch muß wohl sinngemäß der zum Heeresdienst eingezogen gewesene Arbeiter zunächst berücksichtigt werden. Wenn keine zum Kriegs- oder Hilfsdienst aus der Zigarettenherstellung genommenen Arbeiter, die auf Wiedereinstellung Anspruch erheben, mehr da sind, sind jene Arbeiter und Arbeiterinnen zuerst wieder einzustellen, die ausgeschieden sind, um freiwillig in kriegswichtigen Betrieben zu arbeiten. Viele unserer Tabakarbeiterinnen sind seinerzeit in die Granatenfabriken usw. gegangen, sie haben jetzt hinter den Kriegern und den im Hilfsdienst Gestandenen das erste Anrecht auf Wiedereinstellung, was ihnen sicher zu gönnen ist.

Es ist dringend zu wünschen, daß ferner bei Wiedereinstellung von Arbeitern in der Zigarettenherzeugung die Bestimmung der Bekanntmachung vom 29. Juli 1918, obwohl sie durch die Bekanntmachung vom 7. Dezember 1918 überholt ist, befolgt wird, nämlich daß zu den vorzugsweise zu Berücksichtigenden die arbeitslosen berufsständigen, in anderen Erwerbszweigen nicht verwendbaren Tabakarbeiter und -arbeiterinnen gehören; und zwar hinter der ersten Gruppe. Die berufsständigen alten und schwachen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen nach Möglichkeit zu schützen, hat sich die organisierte Tabakarbeiterchaft während des Niederganges des Gewerbes bemüht, und wenn schließlich wegen des völligen Tabakmangels auch unsere Alten und Schwachen mit in das Glend der Arbeitslosigkeit gerissen wurden, so möge ihnen jetzt bei der Wiedereinstellung ein Vorzug eingeräumt werden. Wir hoffen, daß sich praktisch die Wiedereinstellung in dem von uns gewünschten Sinne vollzieht, und daß die Fabrikanten demgemäß verfahren werden. Unsere kriegsbeschädigten Kollegen fallen sowieso unter die Gruppe der zuerst Einzustellenden.

Zu berücksichtigen ist, daß es bei der Wiedereinstellung nicht nur darauf ankommt, die Anordnungen nur soweit zu befolgen, als der einzelne Betrieb in Frage kommt, sondern es ist, um den Anordnungen der Bevorzugung möglichst nachkommen zu können, im Ort oder in benachbarten Orten ein Ausgleich unter den Betrieben anzustreben, d. h., wenn ohne besondere Schwierigkeiten möglich, soll der Ausgleich stattfinden, dem dann die einzelne Betriebsleitung natürlich unterworfen ist; es ist möglichst der Weg der Verständigung zu gehen.

Bei irgendwelchen Streitigkeiten, die sich bei der Durchführung der Wiedereinstellung nach der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1918 ergeben, kommen die Bezirksausschüsse, wie sie in der Bekanntmachung vom 29. Juli 1918 festgelegt und in der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1918 beibehalten worden sind, zur Entscheidung in Betracht. Handelt es sich um den erwähnten Ausgleich unter gewissen Betrieben, so soll der zuständige Vermittlungsausschuss angegangen werden. Die Bezirksausschüsse bestehen: Bezirk 1: Berlin und Breslau; Bezirk 2: Altenburg und Waldheim i. S.; Bezirk 3: Weichen und Dinkburg; Bezirk 4: Bünde und Bremen; Bezirk 5: Mannheim und Herbolzheim. Beschwerden sind zu richten an die Zentrale für Kriegslieferungen, Sitz Hannover, Königsstraße 44 I. Da wir bisher nicht zum Wiederaufbau kommen konnten, hat es natürlich auch keine Streitigkeiten bei der Wiedereinstellung gegeben, so daß die Bezirksausschüsse bisher wohl kaum in Tätigkeit zu treten brauchten.

Es mag noch einmal wiederholt werden, daß sich die Bekanntmachung der Zentrale, soweit sie oben wiedergegeben oder besprochen worden ist, fast ausschließlich auf die Zigarettenherzeugung bezieht. Bei der Zigaretten-, Rauch-, Fein- und Schnupftabakherzeugung bestehen keinerlei Vorschriften über die Wiedereinstellung, doch dürfen wir wohl annehmen, daß sich auch hier die Unternehmer gern freiwillig den Anordnungen der Zentrale, zumal diese seinerzeit mit den Vertretern der organisierten Tabakarbeiter vereinbart worden sind, unterwerfen.

Das wichtigste ist, so geschäftig zu sein, wie es in der Vergangenheit war, daß er die freie Wahl hinsichtlich Farbe, Packung und Aussehen der Zigarette hat, ohne notwendigerweise den Schutz nach dieser Richtung hin zu haben, den er auch bisher nicht vermocht hat. Alles, wozum die Regierung gebeten worden ist, dafür zu sorgen, daß auch die Befreiung der Steuerzeichen einigermaßen eine Kontrolle zuläßt, ist doch letzten Endes nicht ausreichend, um diese Mängel zu beseitigen, die aller Voraussicht nach eintreten werden, zu vermeiden.

Ich darf dann mit einem einzigen Wort auf die Frage des Monopols eingehen. Wir lehnen das Monopol aus den Gründen ab, die schon hervorgehoben worden sind. Wir sind einmal der Meinung, daß die finanziellen Ergebnisse des Monopols zurecht seine Folgen sind, daß das eintritt, was für den Staat das Wichtigste ist, daß in allerhöchster Zeit erhebliche Steuerbeträge einfließen. Darauf wird es ankommen, und nachdem die Akzisensteuer als Vandalensteuer das Ergebnis steuerrechtlich gehabt hat, will es uns scheinen, daß wir unter Ablehnung von immerhin finanziellen Monopolexperimenten heute den Weg weitergehen müssen, der für die Zigarette eine erhebliche Vermehrung des Steuerertrages schon herbeiführt hat.

Selbstverständlich ist für uns in gleicher Weise entscheidend, das Volkswirtschaftlich — das kann nicht geleugnet werden — zurzeit zum mindesten die Einführung des Monopols eine ganz erhebliche Schwächung mit kleiner und kleiner Betriebe und dort angestellter Arbeiter und Angestellten herbeiführen würde. Es ist durchaus zutreffend, wenn die Regierung darauf verwirft, daß, wenn die Monopole nur einigemmaßen zweckmäßig arbeiten wollen, so daß Steuererträge herauskommen, dann eine Zusammenlegung der großen Betriebe nötig ist. Diese Zusammenlegung würde aber bedeuten, daß die Arbeiter, die heute auf dem Lande beschäftigt sind, die ein eigenes Grundstück haben, die an die Scholle gebunden sind, ohne weiteres brotlos werden und entweder keinen neuen Erwerb finden oder wieder in die Großstadt hineingeworfen werden müssen, wo keine Wohnungen vorhanden sind und gebaut werden können. Kurzum, es werden soziale Schäden in allereinstimmiger Weise eintreten.

Aus allen diesen Gründen können wir uns nicht mit dem Gedanken des Monopols vertraut machen und werden uns unerschrocken trotz der schweren Bedenken, die wir gegen die Vandalensteuer haben, doch entschließen, für die Vorlage zu stimmen, vorausgesetzt, daß nicht erhebliche Verschlechterungen noch kommen sollten, in dem Bewußtsein, meine verehrten Damen und Herren, daß die heutige Lage eine solche ist, daß wir all das bewilligen müssen, was der Staat braucht. Wir haben allerdings die Hoffnung, daß diese Aufhebung von der Notwendigkeit von Bemessungen auch von denjenigen Herren anerkannt wird, die bei indirekten Steuern in der Lage sind, zu zeigen, daß es ihnen ernst ist, wenn sie sagen: alles muß beschafft werden. Wir wollen, sowohl in gleicher Weise direkte Steuern heranziehen, aber auch die indirekten, und wir können nicht etwa den Weg mitmachen, daß man heute nur in weitestgehender Weise die direkten Steuern bewilligt und aus irgendwelchen opportunistischen Ideen heraus die Meinung vertritt, indirekte Steuern abzulehnen zu müssen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Vorgänge bei der Zigarettensteuer geben uns nicht die absolute Gewissheit, daß man bereit ist, frühere Bedenken fallen zu lassen, die man jetzt mit Rücksicht auf das Finanzbedürfnis des Staates fallen lassen muß.

Wir werden also für die Vorlage stimmen, bitten Sie aber, die Vandalensteuer nach Möglichkeit jetzt noch in eine Einkommensteuer zu ändern. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abgeordneter: Oechsle (Verklamnung). Es ist bisher der Tabak stets ein sehr beliebtes Steuerobjekt gewesen. Fast bei jeder sonnenreife Finanzreform, bei jeder Steuerreform war es der Tabak, der mit herangezogen wurde. Man kann behaupten, daß wohl selten eine Industrie bisher mit so viel Widerwilligkeit, mit so viel Seufzern bedacht worden ist, daß keine mit so viel Rücksichtlosen finanzpolitischen Eingriffen zu tun gehabt hat wie die Tabakindustrie.

So ist sie auch diesmal wieder herangezogen worden. Während früher die Besteuerung in Form von Steuern und von Akzisen auf das Rohmaterial erfolgte, ist diesmal die Form der Vandalensteuer gewählt worden, wie sie schon seit 1890 in der Zigarettenindustrie besteht. Es sollen durch die Vandalensteuer ganz ungeheure Beträge herausgeholt werden. Es soll pro Jahr die Mehreinnahme 400 bis 450 Millionen betragen. Das ist ungeheuerlich. Der Herr Kollege Wenlich hat diese Berechnung der Steuer als eine Mißverständlichkeit bezeichnet; eine Bezeichnung, die unannehmbar die Richtigkeit trifft, denn es fehlt jede Voraussetzung, es fehlt tatsächlich jede Ertragsberechnung bei dieser Steuer. Die Ertragsberechnung steht vollständig in der Luft, und es ist zweifelhaft, ob dieser Ertrag überhaupt herausgewirtschaftet werden kann.

Es entsteht hier die Frage, ob es nicht richtiger gewesen wäre, die Zigarettenindustrie zu verstaatlichen, das Monopol einzuführen. Kollege Schlichter sagte, es fehle jetzt jede Voraussetzung für die Einführung des Monopols in der Zigarettenindustrie. Ich stehe auf ganz anderem Standpunkt. Nach meiner Auffassung sind die Verhältnisse für Einführung des Monopols jetzt außerordentlich günstig. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist Mangel an Rohstoffen, Mangel an Fertigschickelaten, alle Lager sind geräumt, es ist nichts vorhanden, weder Rohstoffe noch Fertigschickelaten. Während des Krieges sind eine ganze Anzahl von Betrieben stillgelegt. Wenn ich nicht irre, sprach Herr Kollege Schlichter davon, daß nur noch 10 Prozent der Betriebe im Gange wären. Der größte Teil, 90 Prozent, sind also stillgelegt. Die Arbeiter, die in dieser Industrie beschäftigt gewesen sind, sind in anderen Verufen untergebracht worden. Ich nehme an, daß mindestens drei Fünftel der Arbeiter, die früher in der Tabakindustrie beschäftigt waren, jetzt in anderen Verufen beschäftigt sind, und die Vorzüge an Rohstoffen und Fertigschickelaten sind kaum nennenswert.

Es ist in der Kommission ebenfalls der Gedanke des Monopols angeregt worden, nur hat man ihn immer wieder fallen lassen und sich damit begnügt, eine Denkschrift über das Monopol einzufordern. Diese Denkschrift ist ja auch erfolgt. Die Regierung hat sich aber schon in der Steuervorlage ebenfalls mit dem Gedanken des Monopols beschäftigt, wie aus der Begründung der Vorlage hervorgeht. Es heißt da:

Die Übernahme der Zigarettenherstellung durch das Reich möchte, wenn sie den bestmöglichen Erfolg ohne allen großen Vertiefungen haben soll, am besten auf einer Zusammenfassung dieser Betriebe beruhen. Hierdurch würde, namentlich wegen der Schwierigkeiten, die eine Verstaatlichung der in Tabakherstellung in den ländlichen Bezirken beschafften und dort arbeitslosen Arbeiterkräfte bietet, eine Winderung der Arbeitslosigkeit ein, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders unermüßlich sein muß. Der Gedanke einer Verstaatlichung der Zigarettenherstellung wird daher, abgesehen von dem sehr erheblichen Aufwand, der dem Reiche aus der Entschädigung der beteiligten Arbeiter, Angestellten und Hersteller sowie der Abführung der Betriebseinrichtungen entstünde, schon aus volkswirtschaftlichen Erwägungen ausbleiben müssen.

Eine Verstaatlichung würde aus volkswirtschaftlichen Erwägungen ausbleiben. Das mag zutreffen. Aber was hier als Folge des Monopols bezeichnet wird, wird durch die Vandalensteuer erst recht eintritt. Denn durch die Vandalensteuer wird das Markenmonopol in der Zigarettenindustrie aufgehoben, so geradezu aufgehoben werden. Herr Kollege Schlichter sagt, daß bei nicht der Fall, das treffe nicht zu, das Markenmonopol werde in der Zigarettenindustrie nicht aufgehoben. Aber in der Zigarettenindustrie ist durch die Vandalensteuer das Markenmonopol ausgeblieben worden. Das Markenmonopol in der Zigarettenindustrie bedeutet die Aufdrängung, in die Verstaatlichung unangenehm kleiner und Mittelbetriebe.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Man hat nun darauf hingewiesen, daß in der Steuervorlage 300 000 A zur Hebung des inländischen Tabakbaues ausgeworfen sind. Solange ich denken kann — und ich kann schon manches Jahr in der Tabakindustrie zurechtfinden —, hat man versucht, den deutschen Tabakbau zu heben, den deutschen Tabak zu veredeln. Man hat es auf allen möglichen und unmöglichen Wege versucht, aber trotz aller dieser Versuche ist der deutsche Tabak nicht besser geworden, er ist noch genau so, wie er vor 40 Jahren gewesen ist. Diese 300 000 A werden dem deutschen Tabak auch nicht zuzuführen.

Das wichtigste ist, so geschäftig zu sein, wie es in der Vergangenheit war, daß er die freie Wahl hinsichtlich Farbe, Packung und Aussehen der Zigarette hat, ohne notwendigerweise den Schutz nach dieser Richtung hin zu haben, den er auch bisher nicht vermocht hat. Alles, wozum die Regierung gebeten worden ist, dafür zu sorgen, daß auch die Befreiung der Steuerzeichen einigermaßen eine Kontrolle zuläßt, ist doch letzten Endes nicht ausreichend, um diese Mängel zu beseitigen, die aller Voraussicht nach eintreten werden, zu vermeiden.

Ich darf dann mit einem einzigen Wort auf die Frage des Monopols eingehen. Wir lehnen das Monopol aus den Gründen ab, die schon hervorgehoben worden sind. Wir sind einmal der Meinung, daß die finanziellen Ergebnisse des Monopols zurecht seine Folgen sind, daß das eintritt, was für den Staat das Wichtigste ist, daß in allerhöchster Zeit erhebliche Steuerbeträge einfließen. Darauf wird es ankommen, und nachdem die Akzisensteuer als Vandalensteuer das Ergebnis steuerrechtlich gehabt hat, will es uns scheinen, daß wir unter Ablehnung von immerhin finanziellen Monopolexperimenten heute den Weg weitergehen müssen, der für die Zigarette eine erhebliche Vermehrung des Steuerertrages schon herbeiführt hat.

Selbstverständlich ist für uns in gleicher Weise entscheidend, das Volkswirtschaftlich — das kann nicht geleugnet werden — zurzeit zum mindesten die Einführung des Monopols eine ganz erhebliche Schwächung mit kleiner und kleiner Betriebe und dort angestellter Arbeiter und Angestellten herbeiführen würde. Es ist durchaus zutreffend, wenn die Regierung darauf verwirft, daß, wenn die Monopole nur einigemmaßen zweckmäßig arbeiten wollen, so daß Steuererträge herauskommen, dann eine Zusammenlegung der großen Betriebe nötig ist. Diese Zusammenlegung würde aber bedeuten, daß die Arbeiter, die heute auf dem Lande beschäftigt sind, die ein eigenes Grundstück haben, die an die Scholle gebunden sind, ohne weiteres brotlos werden und entweder keinen neuen Erwerb finden oder wieder in die Großstadt hineingeworfen werden müssen, wo keine Wohnungen vorhanden sind und gebaut werden können. Kurzum, es werden soziale Schäden in allereinstimmiger Weise eintreten.

Aus allen diesen Gründen können wir uns nicht mit dem Gedanken des Monopols vertraut machen und werden uns unerschrocken trotz der schweren Bedenken, die wir gegen die Vandalensteuer haben, doch entschließen, für die Vorlage zu stimmen, vorausgesetzt, daß nicht erhebliche Verschlechterungen noch kommen sollten, in dem Bewußtsein, meine verehrten Damen und Herren, daß die heutige Lage eine solche ist, daß wir all das bewilligen müssen, was der Staat braucht. Wir haben allerdings die Hoffnung, daß diese Aufhebung von der Notwendigkeit von Bemessungen auch von denjenigen Herren anerkannt wird, die bei indirekten Steuern in der Lage sind, zu zeigen, daß es ihnen ernst ist, wenn sie sagen: alles muß beschafft werden. Wir wollen, sowohl in gleicher Weise direkte Steuern heranziehen, aber auch die indirekten, und wir können nicht etwa den Weg mitmachen, daß man heute nur in weitestgehender Weise die direkten Steuern bewilligt und aus irgendwelchen opportunistischen Ideen heraus die Meinung vertritt, indirekte Steuern abzulehnen zu müssen. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Vorgänge bei der Zigarettensteuer geben uns nicht die absolute Gewissheit, daß man bereit ist, frühere Bedenken fallen zu lassen, die man jetzt mit Rücksicht auf das Finanzbedürfnis des Staates fallen lassen muß.

Wir werden also für die Vorlage stimmen, bitten Sie aber, die Vandalensteuer nach Möglichkeit jetzt noch in eine Einkommensteuer zu ändern. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abgeordneter: Oechsle (Verklamnung). Es ist bisher der Tabak stets ein sehr beliebtes Steuerobjekt gewesen. Fast bei jeder sonnenreife Finanzreform, bei jeder Steuerreform war es der Tabak, der mit herangezogen wurde. Man kann behaupten, daß wohl selten eine Industrie bisher mit so viel Widerwilligkeit, mit so viel Seufzern bedacht worden ist, daß keine mit so viel Rücksichtlosen finanzpolitischen Eingriffen zu tun gehabt hat wie die Tabakindustrie.

So ist sie auch diesmal wieder herangezogen worden. Während früher die Besteuerung in Form von Steuern und von Akzisen auf das Rohmaterial erfolgte, ist diesmal die Form der Vandalensteuer gewählt worden, wie sie schon seit 1890 in der Zigarettenindustrie besteht. Es sollen durch die Vandalensteuer ganz ungeheure Beträge herausgeholt werden. Es soll pro Jahr die Mehreinnahme 400 bis 450 Millionen betragen. Das ist ungeheuerlich. Der Herr Kollege Wenlich hat diese Berechnung der Steuer als eine Mißverständlichkeit bezeichnet; eine Bezeichnung, die unannehmbar die Richtigkeit trifft, denn es fehlt jede Voraussetzung, es fehlt tatsächlich jede Ertragsberechnung bei dieser Steuer. Die Ertragsberechnung steht vollständig in der Luft, und es ist zweifelhaft, ob dieser Ertrag überhaupt herausgewirtschaftet werden kann.

Es entsteht hier die Frage, ob es nicht richtiger gewesen wäre, die Zigarettenindustrie zu verstaatlichen, das Monopol einzuführen. Kollege Schlichter sagte, es fehle jetzt jede Voraussetzung für die Einführung des Monopols in der Zigarettenindustrie. Ich stehe auf ganz anderem Standpunkt. Nach meiner Auffassung sind die Verhältnisse für Einführung des Monopols jetzt außerordentlich günstig. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist Mangel an Rohstoffen, Mangel an Fertigschickelaten, alle Lager sind geräumt, es ist nichts vorhanden, weder Rohstoffe noch Fertigschickelaten. Während des Krieges sind eine ganze Anzahl von Betrieben stillgelegt. Wenn ich nicht irre, sprach Herr Kollege Schlichter davon, daß nur noch 10 Prozent der Betriebe im Gange wären. Der größte Teil, 90 Prozent, sind also stillgelegt. Die Arbeiter, die in dieser Industrie beschäftigt gewesen sind, sind in anderen Verufen untergebracht worden. Ich nehme an, daß mindestens drei Fünftel der Arbeiter, die früher in der Tabakindustrie beschäftigt waren, jetzt in anderen Verufen beschäftigt sind, und die Vorzüge an Rohstoffen und Fertigschickelaten sind kaum nennenswert.

Es ist in der Kommission ebenfalls der Gedanke des Monopols angeregt worden, nur hat man ihn immer wieder fallen lassen und sich damit begnügt, eine Denkschrift über das Monopol einzufordern. Diese Denkschrift ist ja auch erfolgt. Die Regierung hat sich aber schon in der Steuervorlage ebenfalls mit dem Gedanken des Monopols beschäftigt, wie aus der Begründung der Vorlage hervorgeht. Es heißt da:

Die Übernahme der Zigarettenherstellung durch das Reich möchte, wenn sie den bestmöglichen Erfolg ohne allen großen Vertiefungen haben soll, am besten auf einer Zusammenfassung dieser Betriebe beruhen. Hierdurch würde, namentlich wegen der Schwierigkeiten, die eine Verstaatlichung der in Tabakherstellung in den ländlichen Bezirken beschafften und dort arbeitslosen Arbeiterkräfte bietet, eine Winderung der Arbeitslosigkeit ein, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders unermüßlich sein muß. Der Gedanke einer Verstaatlichung der Zigarettenherstellung wird daher, abgesehen von dem sehr erheblichen Aufwand, der dem Reiche aus der Entschädigung der beteiligten Arbeiter, Angestellten und Hersteller sowie der Abführung der Betriebseinrichtungen entstünde, schon aus volkswirtschaftlichen Erwägungen ausbleiben müssen.

Welches herangezogen werden. Aber bei diesem Standpunkt ist es selbstverständlich, daß auch indirekte Steuern gemacht werden müssen.

Herr Abgeordneter Haumann: Das Wort hat der Herr Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium Meisle.

Meisle, Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium: Grundsätzlich hat der Herr Reichsfinanzminister im Ausschuss erklärt, daß er nach wie vor an den Grundgedanken des vorgelegten Gesetzes festhalte.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

In Verbindung mit dem § 1 steht ein Antrag Dr. Blind auf Nr. 798 der Drucksachen:

Die Nationalversammlung wolle beschließen: 1. Inwiefern in den einzelnen Fortschritten des Entwurfs eines Tabaksteuergesetzes...

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

In wiefern in den einzelnen Fortschritten des Entwurfs eines Tabaksteuergesetzes...

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

Herr Abgeordneter Haumann: Die Diskussion ist geschlossen. Wir können zur Abstimmung kommen.

auf Einfuhrzölle und Salts, im Laufe mehr oder minder einer aufmerksamen Teilnahme gefunden hat.

Als wesentlicher Gesichtspunkt gegen die Ausführungen meines politischen Freundes ist auch hervorgehoben worden, daß man eine Verbesserung des Gesetzes durch Einführung der Anord...

Allgemein will ich feststellen, daß meine politischen Freunde - das beweist die ganze Vergangenheit derjenigen politischen Richtungen, aus denen wir herorgegangen sind - die indirekten Steuern keineswegs ablehnen.

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Die angekündigte Verteilung von 9099 Baden Cigaretten und 5888 Baden Java durch die Deutsche Tabak...

Adressen-Veränderungen.

Lüdingen in Wirtin (6): Herr. Eugen Damer, Lufthaus 1. Th. Utzen, Kirchstr.

Mitglieder-Versammlungen.

Kirchwegern 14. September, nachmittags 4 Uhr, bei Gastwirt Waddenberg. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Gestorben: Am 17. August starb zu Kitzingen die Cigarettenarbeiterin Frau Magdalena Krumm aus Kitzingen, 51 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

E Da Capo Truhtfreie Qualitäts-Zigaretten. LAMECKSTEIN & SOHNE, DRESDEN.

Veränderung der Wahlkreiseinteilung.

20. Wahlkreis: Rastatt-Frankfurt a. M.: 1 Dele. 21. Wahlkreis: Offenbach a. M., Dietzenheim, Wiesbaden und König: 1 Dele. 21. Wahlkreis.

Eingesandt.

Am die die keine Veranlassung haben!

Die organisierten Tabakarbeiter der Rastatt-Frankfurt mit ihren 400 Mitglidern scheinen das Interesse an ihrem Beruf verloren zu haben.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Haus Dehmans, Vorsteher, Bremen, Poststrasse 58/60. H. (Gesellschafts-Saal) Zimmer 22. - Telefonnum. Roland 9046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Als verloren gemeldet: Bremen, Das Buch 3 II 105 706, Lankeid auf Josephs Berg...

Table with 4 columns: Name, Address, Amount, Location. Lists various members and their contributions.

Die Verbandsmitglieder werden ersucht, alle überflüssigen Gelder umgehend einzulösen. Bremen, den 1. September 1919. D. Nieder-Werkh.

Qualitäts-Zigarren erstklassige Bremer, Bänder Hamburger Fabrikate in den Preislagen von 650-1100 M. per Mill.

Ferner diese an: Zigarren (Eugen-Ausstattung) 1150-2000 M. per Mill. erstklassige Zigaretten, Zigarillos, Rahtabak. Paul Goldschmidt, Abteilung E, Tabakfabrikate in gro. Hannover, Haus Continental, Eingang Farmachstraße.

Kaufe dauernd auch im Frieden jeden Posten Zigarren aus reinen Tabaken sortiert, lose, auch verpackt bis M. 500.- Bremer jeden Posten Tabakblätter. Friedrich Schneider, Spandau, Wilhelmstraße 148.

Achtung! Kleinmengenkäufer! Rippen sind nicht mehr abzuliefern!!! Jeder suche sich eine Tabakschneidemaschine an. L. Cohn & Co., Berlin N., Blumenstr. 24.

Einrichtungsgegenstände für Zigarren-Geschäfte u. Fabriken. Moderne Muster in praktischer Ausführung. Verlangen Sie meine Preislisten. Heinrich Franck, Berlin N 54, Brunnenstrasse 22.

GARRATY Qualität. Logo of GARRATY with a diamond shape and the word 'Qualität'.